

## Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

seit gerade einmal vier Monaten tagen endlich wieder unsere städtischen Fachausschüsse und schon naht die sogenannte "Sommerpause". Zu viele Themen sind seit der Kommunalwahl im letzten Jahr liegen geblieben und ich schreibe dieses Grußwort im Wissen, dass wir es nicht geschafft haben, die Tagesordnung der letzten Stadtratssitzung vor der Sommerpause komplett abzuarbeiten. Auf einige der wichtigsten Themen möchten wir in dieser Ausgabe näher eingehen.

Der städtische Haushalt ist nun gegen die Stimmen der CDU-Ratsfraktion beschlossen und weist den Weg in einen drohenden Nothaushalt und absehbare Steuererhöhungen. Zudem wird die Verschuldung unserer Stadt um rund 42 % erhöht. "Nachhaltigkeit" scheint für das grün/linke Ratsbündnis zumindest in der Finanzpolitik ebenso ein Fremdwort wie "Generationengerechtigkeit" zu sein, dazu aber im Innenteil mehr.

Wir sehen es als unsere Aufgabe "konstruktive Oppositionsarbeit" zu leisten, den Finger in so manche Wunde zu legen und Alternativen anzubieten. Zudem können wir kleine Erfolge vermelden, denn die CDU-Anträge zum Einstieg in die Digitalisierung unserer KiTas, zur verbesserten Ausstattung unseres städtischen Ordnungsdienstes (z.B. mit Bodycams) oder auch die Anregung, bei der umstrittenen Errichtung der Radschnellrouten durch die Bonner und Beueler Rheinauen wenigstens Baumverpflanzungsmöglichkeiten zu prüfen, konnten im Stadtrat eine Mehrheit finden.

Die Pandemie hat uns allen viel abgefordert und selbst, wenn die momentane Entwicklung "im Griff" scheint, die schwerwiegenden Auswirkungen wirtschaftlicher wie gesellschaftlicher Art, werden uns noch Jahre beschäftigen. Im NRW-Landtag und im Bonner Stadtrat bemühe ich mich darum, dass hierbei landespolitisches und kommunalpolitisches Handeln Hand in Hand gehen. Die Krise der letzten 18 Monate hat zudem einmal mehr gezeigt, wie wichtig das vielfältige ehrenamtliche Engagement in unseren örtlichen Strukturen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist und dass wir dieses – gerade in Krisenzeiten - besser unterstützen und absichern müssen. Gerade hieran aktiv mitwirken zu können. bereitet mir viel Freude.

Suchen Sie den Kontakt mit örtlich zuständigen Stadtverordneten,



Guido Déus MdL Fraktionsvorsitzender

einer fachpolitischen Sprecherin, einem fachpolitischen Sprecher oder der Fraktionsführung, dann kommen Sie gerne auf uns zu. Terminvereinbarungen unter Mail: sprechstunde@cduratsfraktionbonn.de oder Telefon: 0228-772044. Nun aber erst einmal viel Spaß bei der Lektüre der Sommerausgabe unseres "Rathaus Journals" und Ihnen allen eine schöne und möglichst erholsame Sommerzeit!

Ihr Guido Déus MdL Fraktionsvorsitzender



**Dauerstau** Seite 2



Innenstadt stärken
Seite 3



**Hybride Sitzungen**Seite 4



**Beethovenpflege**Seite 4



Die grüne Linkskoalition scheut sich nicht, deutlich ihre Absicht zu bekunden, den motorisierten Individualverkehr in Bonn zunehmend unattraktiver zu gestalten. Kein partnerschaftliches Miteinander der Verkehrsteilnehmenden, sondern erzwungene Verkehrsumerziehung, Auto fahren ist in Bonn seitens der grünen Linkskoalition nicht mehr gewollt. Dabei lässt sie gänzlich außer Betracht, dass ein solcher Eingriff auch negative Auswirkungen auf den ÖPNV haben wird.

#### **Sperrung Rheinufer**

Mit ihrem Beschluss zur Sperrung des Bonner Rheinufers will die grüne Linkskoalition ihre Verkehrsideologie entgegen aller vernünftigen Argumente mit der Brechstange durchsetzen. Schnellstmögliche Symbolpolitik ist wichtiger als Bürgerbeteiligung oder die Erarbeitung von Verkehrskonzepten.

"Auch wir befürworten die Aufwertung des Bonner Rheinufers hin zu mehr Aufenthaltsqualität und mehr Raum für Fußgängerinnen und Fußgänger, für Radfahrende und zugunsten zusätzlicher gastronomischer Angebote", stellt CDU-Ratsfraktionsvorsitzender Guido Déus, MdL, klar. Bereits in der letzten Ratsperiode hatte die CDU gemeinsam mit der FDP und den Grünen dies so beschlossen. Ein autofreies Rheinufer wäre für die CDU-Ratsfraktion aber nur unter vorheriger breiter Beteiligung der Bürgerschaft, unter Einbindung aller Akteure wie Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste und bei Vorliegen eines belastbaren alternativen Verkehrskonzepts denkbar. Immerhin ist hinsichtlich der Nord-Süd-Achsen die Kaiserstraße bereits weggefallen.

#### Einspurige B9 - Adenauerallee

Wie von der grünen Linkskoalition gewünscht, wurde bereits ein Planungsbüro beauftragt, je eine Fahrspur der Adenauerallee vom Koblenzer Tor bis zum Bundeskanzlerplatz in eine Protected Bike Lane umzuwandeln, dieser Auftrag soll um eine Verlängerung Richtung Süden erweitert werden. Wie groß der Rückstau auf der B9 durch diese Maßnahme in Verbindung mit der Rheinufersperrung wird, möge man



Jürgen Wehlus

Verkehrspolitischer Sprecher

sich nicht vorstellen wollen.

#### Hermann-Wandersleb Ring

Am Hermann-Wandersleb Ring soll eine Umweltspur für Busse und Radfahrende errichtet werden. Dem Autoverkehr steht folglich nur noch eine Fahrspur je Richtung zur Verfügung. Stau und Umfahrungen durch kleinere Straßen zulasten der Anwohnenden sind hier vorprogrammiert.

### CDU-Initiative: JobTicket für alle Berufstätigen - So geht Verkehrswende!

Die CDU-Ratsfraktion freut sich, dass ihr Antrag einstimmig im Ausschuss für Mobilität und Verkehr beschlossen wurde. Konkret hat die CDU-Fraktion die Verwaltung gebeten, gemeinsam mit dem Verkehrsunternehmen SWB zu prüfen, ob bzw. inwieweit die Bundesstadt Bonn und/oder die SWB künftig selbst den Verkauf von JobTickets für alle diejenigen Berufstätigen aus dem Bonner Stadtgebiet, die nach den derzeitigen Bedingungen keine Möglichkeit haben ein JobTicket zu beziehen, koordinieren kann.

Ziel ist ein attraktives JobTicket für alle in Bonn Berufstätigen zu einem monatlichen Festpreis, der sich an den Preisen der bereits bestehenden JobTicket-Angebote orientiert und diese nicht überschreitet", sagt Jürgen Wehlus, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.



Die Veränderungen in der Bonner Innenstadt und den Bezirkszentren Bad Godesberg, Beuel und Hardtberg für den Einzelhandel und die Gastronomie sind unübersehbar und einem Strukturwandel geschuldet, der infolge der Einschränkungen während der Corona Pandemie nochmals beschleunigt worden ist.

Gründe gibt es viele, um nur einige zu nennen: Umsatzeinbußen durch die Konkurrenz des Internethandels, Leerstände wegen hoher Miet- und Personalkosten, zu große Ladenlokale und die Aufgabe inhabergeführter Geschäfte mangels Nachfolge.

Zur dauerhaften und nachhaltigen Stärkung der Zentren unserer Stadt bedarf es der Verbesserung der Erreichbarkeit für alle Verkehrsteilnehmer sowie der Aufenthaltsqualität, die den klimatischen Bedingungen durch mehr Grünanlagen, Springbrunnen und Sitzgelegenheiten Rechnung trägt und damit dem Aufenthalt und kulturellem Miteinander dient.

Darüber hinaus ist eine Allianz der Gewerbetreibenden sowie aller betroffener Akteure erforderlich, um die notwendigen strukturellen Maßnahmen zu planen, mit Fördermitteln zu unterlegen und umzusetzen. Dazu haben wir einen Antrag gestellt, u.a. mit baurechtlichen Maßgaben die Anzahl kleinräumiger Gewerbeflächen zur Reduzierung von Mietkosten zu vergrößern, Möglichkeiten der Erweiterung der Außengastronomie zu prüfen und die Gewerbetreibenden zusätzlich zu ihrem stationären Handel beim



Bert Justus Moll
Planungspolitischer Sprecher

Aufbau und der Umsetzung des Internethandels durch die Wirtschaftsförderung zu unterstützen.

## Ein Hoffnungsschimmer - Bonner Weihnachtsmarkt findet statt



Torben Leskien

Wirtschaftspolitischer Sprecher

Wir begrüßen es sehr, dass die Stadt Bonn unserem Antrag folgt und nicht nur ein klares Signal für den Bonner Weihnachtsmarkt setzt, sondern auch eine Verlängerung um zwei Tage einräumt.

Für die durch die Pandemie stark gebeutelte Branche und den Einzelhandel ist es ein sehr wichtiger Schritt.

Wer sich mit Vertrern der Schausteller:innen unterhält weiß, hier geht es um weit mehr als um die Finanzen, hier möchte man endlich wieder arbeiten dürfen! Wichtig ist ein Konzept zu entwickeln, dass den Gästen des Marktes die notwendige Sicherheit in Bezug auf Corona gibt und gleichzeitig den Schausteller:innen keine zu hohen Hürden oder finanziellen Zwänge auferlegt werden.

Aber der Weihnachtsmarkt Bonn ist natürlich nicht nur ein wichtiges Signal in die Branche, auch das Kunsthandwerk, die Bonner Gastronomie und Hotellerie und nicht zuletzt alle Bonner Bürger profitieren von diesem Schritt. Für uns alle ist dies ein Stück Normalität, nach der wir uns alle die letzten Wochen und Monate gesehnt haben.



Durch die Corona-Pandemie sind viele Veranstaltungen des Beethoven-Jubiläums nicht durchgeführt worden. Es ist wichtig, dass die übrig bleibenden bzw. nicht abgerufenen Mittel der Beethoven Jubiläums GmbH weiterhin für die Beethovenpflege in Bonn und der Region zugutekommen.

Bonn braucht ein Konzept um Bonn als Beethoven- und Kulturstadt weiter bekannt zu werden. Wenn man an Bayreuth denkt, fällt einem sofort Wagner ein. Das muss mit Bonn und Beethoven auch passieren. Beethoven ist weltweit der populärste Komponist. Das sind Potenziale, die genutzt werden müssen! Hier muss auch über eine langfristige Beteiligung von Land NRW und Bund verhandelt werden.

Oper und Schauspielhaus bilden die Grundpfeiler des kulturellen Zusammenlebens der Bundesstadt Bonn. Bei der Frage um die Zukunft der Oper muss unbedingt die Variante eines Neubaus geprüft werden. Wir sind es der Bonner Bevölkerung schuldig, auch aus Fehlern bei der Sanierung der Beethovenhalle zu lernen.

Bei einem Opernneubau auf dem Parkplatz der Beethovenhalle könnte ein Beethovencampus mit zusätzlichen Bildungsangeboten und weiteren öffentlich nutzbaren Räumen entstehen.



Christoph Jansen
Kulturpolitischer Sprecher

# Modellprojekt für digitale/hybride Gremiensitzungen in Bonn



Sprecherin für Digitalisierung

Mit einem Antrag zu digitalen bzw. hybriden Sitzungen kommunaler Gremien ist von der Landesregierung die Basis für ein Modellprojekt in Bonn gelegt worden.

Man mag fragen, warum dies erst nach eineinhalb Jahren Corona-Pandemie kommt, wo vieles mittlerweile digital läuft. Doch für eine digitale Ratssitzung braucht es mehr als eine einfache Videokonferenz. Die Öffentlichkeit muss in der gebotenen Form teilhaben können, denn es gibt den Öffentlichkeitsgrundsatz. Ein hohes demokratisches Gut! Auch die persönliche Auseinandersetzung, das Ringen um Lösungen und die Abstimmungen, sind allein vor dem heimischen Bildschirm deutlich schwerer abzubilden. Wir

müssen von den Erfahrungen der anderen Bundesländer lernen und diese in das Bonner Modellprojekt einfließen lassen. Hierin liegt unsere Bonner Chance, die wir auch seitens der CDU-Fraktion mit einem Antrag unterstützen. Erfahrungen sammeln, umsetzen und in ein tragfähiges und sicheres System für digitale oder hybride Gremiensitzungen fließen lassen. Dabei sollen natürlich auch die entsprechenden Betroffenen mit einbezogen werden. Uns ist es wichtig, dass eine zügige Rückmeldung durch die Stadtoder Bezirksverordneten erfolgt, damit nachgesteuert werden kann. Denn letztlich können diese Arten von Sitzungen auch dazu beitragen, dass die Kommunalpolitik für mehr Menschen erreichbarer wird.